



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvgld.at



Gmoa and more: Zertifikatsverleihung an die jungen Verantwortungsträger der Zukunft! mehr dazu auf Seite 6

KPZ wird zum GVV Österreich: SPÖ Kommunalpolitiker stellen die Weichen für eine starke Dachorganisation Seite 3

„VRV neu“ für mehr Transparenz: Ab 2015 soll schrittweise die „VRV neu“ auf Gemeindeebene eingeführt werden Seite 5

Gemeindefinanzstatistik: Finanzlage der Gemeinden insgesamt gut, aber Zahl der „Abgangsgemeinden“ steigt Seite 10

Vorwort !



Mag. Herbert Marhold

Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!

Vielen ist nicht im Detail bewusst, welche Aufgaben ihre Gemeinde tagtäglich erfüllt. Die Kommunalpolitiker leisten – auf allen Ebenen, ob Gemeinderat oder Bürgermeister – einen wesentlichen Beitrag zur hohen Lebensqualität im ländlichen Raum. Auch wenn die meisten Gesetze in Brüssel, Wien und Eisenstadt beschlossen werden, die Umsetzung passiert in den Gemeinden. Auch den größten Teil aller Projekte und Leistungen erbringt am Ende die Gemeinde, die mit Abstand bürgernächste Verwaltungseinheit. Viele wissen nicht, dass zB das Netz an Gemeindestraßen weit größer ist, als jenes der Landes- oder Bundesstraßen. Dieses Netz finanzieren die Gemeinden, sie sorgen dafür, dass diese Straßen im Winter geräumt werden und befahrbar bleiben. Auch die Kindergärten, Volks- und Hauptschulen oder die meisten Pflege- und Betreuungseinrichtungen errichten und erhalten die Kommunen des Landes. Im so wichtigen Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge, sprich Errichtung und Erhaltung sämtlicher Wasser- und Abwasseranlagen, spielen unsere Gemeinden die Hauptrolle. Die Kommunen sorgen dafür, dass der Müll regelmäßig abgeholt und fachgerecht entsorgt wird. Eine Tatsache die nicht selbstverständlich ist, wenn man sich die Ereignisse in Neapel vor einigen Jahren ins Gedächtnis ruft. Auch im Bereich der Sicherheit sind die Gemeindeverantwortlichen gefordert und leisten hier großartige Arbeit. Die Finanzierung und Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehren ist eine der wichtigsten Aufgaben. Die burgenländischen Kommunen nehmen hier viel Geld in die Hand, um Gefahren abzuwenden. Im Bereich der Verwaltung ist die Gemeinde erste Ansprech- und Erledigungsstelle für viele Angelegenheiten. Baugenehmigungen werden bearbeitet und erteilt, Veranstaltungen überprüft und genehmigt, dazu kommen Aufgaben als Straßenpolizeibehörde, als Sanitätspolizeibehörde, oder als zuständige Stelle für das Wasserrecht. All das sind nur einige Aufgaben, die im eigenen Wirkungsbereich der Kommunen liegen. Dazu kommen die vielfältigen Aufgaben im sogenannten „übertragenen Wirkungsbereich“, also jene Verwaltungstätigkeiten, die die Gemeinden für andere Gebietskörperschaften erbringen. Dazu zählen sicherheitsbehördliche Funktionen, die Einhebung vieler Abgaben und die Kommunen sind Personenstands-, Staatsbürgerschafts-, Melde- und Wahlbehörde. Und nicht zuletzt hat das Sprichwort „Von der Wiege bis zur Bahre“ auch für jede Gemeinde Gültigkeit. Einer der ersten Wege nach der Geburt eines Kindes führt aufs Gemeindeamt und meist ist eine Gemeinde auch für das Bestattungswesen und die Erhaltung der Friedhöfe zuständig. Daher ist es auch so wichtig, diese „dritte“ Gebietskörperschaft in ihrer Vielfalt zu erhalten und ausreichend zu finanzieren. Wir werden daher als GVV nicht zulassen, dass auf dem Rücken der Kommunen und damit am nächsten beim Bürger gespart wird. Darauf können sich alle Gemeinden auch 2015 verlassen. Damit wünsche ich als Geschäftsführer allen Frohe Weihnachten, einen guten Rutsch und ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2015!

Finanzreferententagung: Finanzausgleich bis 2016 verlängert

Bei der Tagung der Finanzreferenten der Länder in Villach stand die Verlängerung des Finanzausgleiches und die Steuerreform im Mittelpunkt der Gespräche. Die Länder erklärten sich dabei bereit, bei der Steuerreform ihren Beitrag zu leisten, jedoch sind bei Veränderungen im Steuersystem intensive Gespräche aller Gebietskörperschaften auf gleicher Augenhöhe notwendig. Burgenlands Finanzreferent Helmut Bieler sprach sich dafür aus, dass diese Verhandlungen getrennt vom Finanzausgleich geführt werden.

Im April 2014 wurde im Rahmen des Koor-



Die Finanzreferentenkonferenz tagten in Villach Foto: Landespressedienst Kärnten

dinationskomitees eine FAG Verlängerung bis 2016 paktiert. Entsprechend dieser Vereinbarung erfolgte bei der Landesfinanzreferentenkonferenz die Ausarbeitung eines

Sideletters, der wesentliche Punkte für die Verlängerung enthält. Für die Verhandlungen zum künftigen Finanzausgleich ab 2017 hielten die Finanzreferenten fest, dass auch bei einer Veränderung der Finanzausgleichsmasse der 2005 ausverhandelte einheitliche Schlüssel zwischen Bund, Länder und Gemeinden im Verhältnis 67% / 22% / 11% beibehalten werden muss. Weiters sind die Verhandlungen zum Finanzausgleich, zur Krankenanstaltenfinanzierung und zum Pflegefonds als Einheit zu sehen. Die 15a-Vereinbarungen, die mit dem Finanzausgleich eng verknüpft sind, sind auf die Dauer des Finanzausgleiches abzuschließen.



Die Kräfte der SPÖ Gemeindevetreter Österreichs werden im GVV Österreich gebündelt. Vorsitzender des GVV Österreich wird Bgm. Bernhard Müller, sein Stellvertreter GVV Burgenland Präsident LAbg. Erich Trummer.

Foto: GVV Burgenland

Kommunalpolitisches Zentrum der SPÖ (KPZ) wird zum GVV ÖSTERREICH!

Am 43. Ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien wurden auch die Weichen für den GVV ÖSTERREICH gestellt. Aus dem Kommunalpolitischen Zentrum der SPÖ, kurz KPZ, der Vereinigung aller SPÖ Gemeindevetreter Österreichs, wird mit 1.1.2015 der Sozialdemokratische GemeindevetreterInnen Verband Österreich – kurz GVV ÖSTERREICH.

Starke Dachorganisation

Mit dieser Änderung und einem neuen Außenauftritt wollen die SPÖ Kommunalpolitiker eine starke Dachorganisation aller GVV in Österreich etablieren, die die Anliegen, Sorgen und Nöte der SPÖ-Gemeinden und der SPÖ-Kommunalpolitiker in den Fokus rückt. KPZ-Vorsitzender Bgm. Bernhard Müller sieht diese Änderung als einen wichtigen Schritt, um innerhalb der SPÖ, aber auch außerhalb, darauf hinzuweisen, dass auch die Klein- und Kleinstgemeinden in Zukunft eine starke sozialdemokratische Vertretung haben.

Es gab es auch einen Antrag am Bundesparteitag, den Vorsitzenden des KPZ, jetzt GVV ÖSTERREICH, mit Sitz UND Stimme im Bundesparteivorstand aufzunehmen.

Großprojekte von Gemeinden und Städten über ÖBFA finanzieren

Die weiteren Anträge des KPZ am Bundesparteitag betrafen zum Beispiel den raschen, bundesweiten Breitbandausbau. Hier



soll die Bundesregierung den Breitbandausbau als prioritäre Maßnahme behandeln und auf jene Städte und Gemeinden konzentrieren, die bis dato Versorgungslücken aufweisen. Für den Ausbau sind dafür die vom BMVIT reservierten Budgetmittel aus der Frequenzversteigerung heranzuziehen, wie auch Fördermittel aus dem Programm zur ländlichen Entwicklung. Weiters die Gemeindefinanzierung durch ÖBFA. Hier wollen die SPÖ-Gemeindevetreter, dass Österreichs Städte und Gemeinden für Großprojekte unverzüglich direkten Zugang zu Finanzierungen durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) erhalten.

Antrag Nummer 5 des KPZ beschäftigt sich mit der nachhaltigen Sicherung der Gemeindefinanzen. Bei den nächsten Verhandlungen über einen neuen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden sollen sich ALLE Verhandler der SPÖ dafür einsetzen, dass ein ausgaben- und aufgabenorientierter Finanzausgleich zustande kommt. Dieser muss vor allem für die Städte und Gemeinden wieder eine bessere finanzielle Ausstattung und somit wirtschaftliche Selbständigkeit

ermöglichen. Ein solcher ausgaben- und aufgabenorientierter Finanzausgleich macht Transferverflechtungen zwischen den Gebietskörperschaften obsolet und trägt damit auch wesentlich zur Verwaltungsvereinfachung bei.

Der 6te Antrag beschäftigt sich mit Steuergerechtigkeit. Hier gibt es ja bereits eine von 30 burgenländischen Gemeinden beschlossene GVV Burgenland Resolution für mehr Steuergerechtigkeit als Hilfe für die Kommunen. Im Antrag treten die SPÖ Kommunalvertreter für eine rasche Reform der Grundsteuer und der Kommunalsteuer ein, um den österreichischen Städten und Gemeinden eine ausreichende finanzielle Grundlage zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben zu sichern und einen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit in Österreich zu leisten. Die Grundsteuer muss dabei – nach grundlegender Reform – eine gemeindeeigene Steuer bleiben! Außerdem sollen Investitionen von Städten und Gemeinden und Gemeindekooperationen steuerlich begünstigt und gefördert werden, um sie attraktiv zu machen.

Alle Anträge des KPZ – jetzt GVV ÖSTERREICH – wurden am Parteitag angenommen beziehungsweise einer, nämlich Antrag 2 (Sitzung und Stimme), wurde weiterverwiesen! Damit haben die SPÖ Kommunalvertreter ein wichtiges und deutliches Zeichen gesetzt und können sich mit voller Kraft ihren Aufgaben in den Kommunen widmen.

Klartext !**Einsatz für unsere Gemeinden!**

**Geschätzte BürgermeisterInnen und Vize-BürgermeisterInnen!
Liebe GemeindevertreterInnen! Sehr geehrte Damen und Herren!**

„Gemeinden unterstützen. Gemeinden fördern. Gemeinden bewegen.“

Die inhaltliche Arbeit gemäß unserem GVV-Slogan war mir und uns im GVV im heurigen Jahr besonders wichtig. Deshalb hat sich vor allem unser Prozess „Kommunale Bedarfserhebung“ – im Einsatz für unsere Gemeinden – wie ein roter Faden von den GVV-Vorstandssitzungen bis zu unseren Verhandlungen mit der Landesregierung und dem Österreichischen Gemeindebund gespannt.

Gemeinsame Lösungen

Es geht mir dabei auch persönlich darum, gemeinsame Lösungen für die zahlreichen kommunalen Herausforderungen und Bedürfnisse zu erarbeiten. Anfang Juli konnten erstmals bei einer GVV Landesvorstandssitzung die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihre Anliegen mit Landeshauptmann Niessl und Landesamtsdirektor WHR Dr. Robert Tauber persönlich vertiefen. Es konnten seither bereits einige konkrete Verbesserungen erzielt werden.

An diesem Prozess soll natürlich auch im kommenden Jahr strukturiert und ganz gezielt für unsere Gemeinden weitergearbeitet werden.

Burgenländischen Weg fortsetzen

Damit wir gemeinsam diesen erfolgreichen Weg weitergehen können, ist es wichtig, dass die bisherige gute Zusammenarbeit von uns Gemeindevertretern mit LH Hans Niessl und unseren Regierungsmitgliedern fortgesetzt wird. Deshalb bitte ich Sie, so wie bisher, auch bei den nächsten Landtagswahlen im Mai 2015 kräftig anzupacken. Denn unseren erfolgreichen burgenländischen Weg können wir auch in den Gemeinden nur gemeinsam mit einem starken Sozialdemokratischen Team und mit LH Hans Niessl an der Spitze weiter gehen.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest, viel Erfolg und Gesundheit im Jahr 2015.

Mit freundschaftlichen Grüßen
LAbg. Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland

Klausur der SPÖ-Fraktion im Österr. Gemeindebund in Velden

Zu einer zweitägigen Klausursitzung trafen sich Mitte Oktober die drei von der SPÖ geführten Landesverbände aus Niederösterreich, Kärnten und dem Burgenland in Velden am Wörthersee, der Heimatgemeinde von Gemeindebund Kärnten Präsident Ferdinand Vouk.

Unter der Führung des Fraktionsvorsitzenden SP-GVV Niederösterreich Präsident Rupert Dworak wurden Themen wie die Vorbereitungen auf die nächsten FAG Verhandlungen, die interne Struktur im



Mag. Herbert Marhold, Mag. Sabine Blecha, Präsident Ktn. Ferdinand Vouk, Präsident NÖ Rupert Dworak, Präsident Bgld. Erich Trummer, Mag. Ewald Buschenreiter, Mag. Peter Heymich (v. l.)

Österreichischen Gemeindebund sowie die Reform der Grundsteuer und der von der SPÖ-Fraktion massiv geforderte Strukturfonds für strukturschwache Regionen und Gemeinden abgearbeitet.

Der GVV Burgenland, der SPÖ-GVV Niederösterreich und der Kärntner Gemeindebund haben ebenfalls vereinbart, zukünftig noch enger zusammenzuarbeiten und vor allem die Probleme und Sorgen der Region Süd-Ost im Österreichischen Gemeindebund noch stärker zu thematisieren.

Kündigten nach dem erfolgreichen Testlauf in Antau den Umstieg auf die „VRV neu“ in den burgenländischen Gemeinden ab 2015 an – v.l.: LH Hans Niessl, LAbg. Bgm. Erich Trummer, Präsident des Gemeindevertreterverbandes, Adalbert Endl, Bürgermeister von Antau, Ingrid Salomon, Bgm. in Mattersburg und Vorsitzende des Städtebundes



Foto: Landesmedienservice

„VRV neu“ auf Gemeindeebene: Umstieg auf ein modernes Rechnungswesen

Um mehr Transparenz und Planungssicherheit in den Gemeindebudgets zu schaffen, soll als Teil des Verfassungspaketes ab 2015 die „VRV neu“ in den Gemeinden des Burgenlandes schrittweise umgesetzt werden.

Als Vorreiter unter den Bundesländern arbeitet das Burgenland auf Landesebene bereits an der Umsetzung. Nach einem Testlauf in der Gemeinde Antau, der heuer unter Federführung von Expertinnen und Experten des Landes erfolgreich durchgeführt wurde, sollen nun die anderen Gemeinden folgen. Voraussetzung für die Umstellung ist eine entsprechende Verordnung des Finanzministeriums, die derzeit diskutiert wird. „Der Testlauf in der Gemeinde Antau hat gezeigt, dass viele für den Umstieg notwendige Daten in den Gemeinden bereits vorhanden sind“, erklärte Landeshauptmann Hans Niessl. 2017 soll die Umstellung endgültig durchgeführt sein.

„Mehr Transparenz, auch gegenüber der Bevölkerung, Nachvollziehbarkeit und Planungssicherheit“ fasste Niessl die Ziele der geplanten Haushaltsreform zusammen. Die Gemeinden sollen künftig einen klaren, raschen Überblick über die Finanzen haben. Das Gesamtbild, Vermögen und Schuldenlage, solle durch die Gemeindebilanz sichtbar gemacht werden. Landeshauptmannstellvertreter und Gemeindereferent Franz Steindl nannte als weiteres wichtiges Kriterium auch „die Vergleichbarkeit, und deshalb soll es künftig auch einheitliche Kennzahlen und Standards für die Kontrolle geben, die eine eindeutige Beurteilung der Gemeindebudgets sowohl durch die Gemeinde-

abteilung als auch durch den Rechnungshof erlauben“.

Künftig drei Rechnungen

Künftig soll das Rechnungswesen von Ländern und Gemeinden aus drei Rechnungen bestehen: einer Ergebnisrechnung – sie entspricht der Gewinn- und Verlustrechnung in der Privatwirtschaft; einer Finanzierungsrechnung – sie entspricht der Cash-Flow Rechnung in der Privatwirtschaft –, und einer Vermögensrechnung – diese entspricht der Bilanz in der Privatwirtschaft.

Durch die „Gemeindebilanz“ wird das Gesamtbild der Vermögens- und Schuldenlage ebenso wie die Substanzerhaltungspflicht der Gemeinden, insbesondere durch Abschreibungen, sichtbar. „Damit kann die Gemeinde entsprechend reagieren, und zwar im Hinblick auf notwendige Erhaltungsmaßnahmen und Investitionen in die Infrastruktur“, erklärt GVV Präsident Erich Trummer. Vermögen, wie etwa Straßen, Gebäude oder Kanalbauten, sollen künftig so bewertet werden, dass sich ein realistisches Bild dieser Vermögenswerte ergibt. Klare Spielregeln für die Verbuchung liefern eine klare Entscheidungsgrundlage für Investitionen. Und durch Abschreibungen von Forderungen, Berücksichtigung von Beteiligungen und Rückstellungen werden finanzielle Warnsignale gegeben. Neu ist auch die eindeutige Trennung in laufenden Betrieb – „operative Gebarung“ – und Investitionen; diese soll die Grundlage für die Neuregelung von Darlehensaufnahmen in der Gemeindehaushaltsordnung bilden.

Abfuhrtermine 2015 im Internet - www.bmv.at

Der Burgenländische Müllverband baut sein Service weiter aus: Ab sofort können die Abfuhrtermine 2015 (Restmüll, Biomüll, Leichtfraktion und Altpapier) für die Gemeinde im Internet unter www.bmv.at abgerufen werden.

30,8 Millionen für Wohnbau bewilligt

Der Wohnbauförderungsbeirat hat in der letzten Sitzung des heurigen Jahres weitere 30,8 Millionen Euro für Bauvorhaben im Burgenland genehmigt. „Mit der besten Wohnbauförderung Österreichs unterstützen wir Familien und Jugendliche bei der Errichtung ihres Eigenheims – egal ob Einfamilienhaus, Wohnung oder Sanierungsmaßnahmen. Heuer wurden in Summe 2971 Förderanträge im Ausmaß von 90 Millionen Euro bewilligt. Das ist ein wichtiger Impuls für die Baubranche und den Arbeitsmarkt“, betont SPÖ-Landtagsabgeordneter Gerhard Pongracz als Vorsitzender des Wohnbauförderungsbeirates. Zusätzlich wurden 2014 in Summe 467 Wohnbauhilfen in der Höhe von 592.000 Euro ausbezahlt.

Mit der bewilligten Fördertranche werden u.a. 99 Eigenheimneubauten, 534 Wohnungseinheiten im genossenschaftlichen Wohnbau sowie 28 Althausankaufsdarlehen gefördert. Außerdem werden 30 Sanierungsmaßnahmen von Eigenheimen und 92 Wohnungssanierungen über die Wohnbauförderung unterstützt.

Im Landesvoranschlag 2015 sind Mittel in der Höhe von über 120 Millionen Euro für die Wohnbauförderung geplant.



LAbg. Gerhard Pongracz
Foto: SPÖ

Heidenreich tritt bei Bürgermeisterwahl an

Die SPÖ Großhöflein hat mit 100% Zustimmung Heinz Heidenreich für die Bürgermeisterwahl am 11. Jänner 2015 nominiert. Die Wahl war notwendig geworden, weil LBL Bürgermeister Wolfgang Rauter sein Mandat im September dieses Jahres zurückgelegt hat. Seither ist Vizebürgermeister Heinz Heidenreich amtsführender Bürgermeister der nordburgenländischen Gemeinde. Heidenreich: „Ich freue mich sehr über diesen eindeutigen Auftrag und den starken Rückhalt. Für mich steht die gemeinsame Arbeit für Großhöflein im Vordergrund.“ Heidenreich, der zu allen Parteien sehr gute Kontakte pflegt und derzeit mit Umsicht und Kompetenz die Geschäfte führt, hat seinen Willen zur Zusammenarbeit bekräftigt: „Ich stehe für einen neuen Stil in Großhöflein. Was unsere Gemeinde jetzt braucht ist Ruhe und Stabilität.“



SPÖ-Bürgermeisterkandidat VBgm. Heinz Heidenreich präsentiert seine Plakate für die Bürgermeister-Neuwahl am 11. Jänner
Foto: SPÖ Burgenland

Termine!

Der GVV Landesvorstand tagt 2015 an folgenden Tagen:

Montag, 16. März 2015, 17.30 Uhr, Eisenstadt

Montag, 15. Juni 2015, 17.30 Uhr, Eisenstadt

Montag, 14. September 2015, 17.30 Uhr, Eisenstadt

Montag, 14. Dezember 2015, 17.30 Uhr, Eisenstadt

Die Sitzungen des Präsidiums beginnen immer um 16.30 Uhr!



Das Thema „E-Government“ wurde durch hochkarätige Gäste von mehreren Seiten beleuchtet, u.a. mit Staatssekretärin Mag. Sonja Steßl und Finanzlandesrat Helmut Bieler

Foto: Akademie Burgenland

Mehr Effizienz, Vorteile für Bürger E-Government in der Gemeindestube

E-Government nimmt im Berufsalltag einen immer wichtigeren Stellenwert ein – vor allem im öffentlichen Bereich. Durch den richtigen Einsatz können viele Abläufe effizienter gestaltet werden, was letztlich nicht nur Arbeitserleichterung für die Mitarbeiter in Gemeinden bedeutet, sondern auch Vorteile für die Bürger bringt. Um die burgenländischen Gemeindebediensteten für dieses Thema zu sensibilisieren und Bewusstsein für dessen Wichtigkeit zu schaffen, lud die Akademie Burgenland in Kooperation mit der Verwaltungsakademie des Bundes zur Veranstaltung „Bürgernah. Modern.Sicher“ ein.

Da E-Government künftig immer wichtiger wird und es vor allem in Gemeinden bei vielen

Agenden nicht mehr wegzudenken ist, muss es auch von den Mitarbeitern richtig angewendet werden können. Aus diesem Grund startet die Akademie Burgenland im Jänner 2015 in Kooperation mit der Verwaltungsakademie des Bundes eine Seminarreihe, in der die wichtigsten E-Government-Anwendungen, wie zum Beispiel das Zentrale Melderegister (ZMR), das Gebäude- und Wohnungsregister (GWR), das Rechtsinformationssystem (RIS) etc., geschult werden. Die Ergebnisse einer Studie zeigen, dass die burgenländischen Gemeindebediensteten zwar wissen, dass E-Government eine wesentliche Arbeitserleichterung darstellt, nach Selbsteinschätzung der eigene Wissensstand aber lediglich als „befriedigend“ eingeschätzt wird. Das bedeutet, es besteht Aufholbedarf.



Gmoa and more: Zertifikatsverleihung an die jungen Verantwortungsträger der Zukunft:

Nach erfolgreicher Absolvierung aller Module wurden die 20 jungen VerantwortungsträgerInnen der Zukunft im Rahmen der Anschlussveranstaltung der „Gmoa and more“-Akademie am vergangenen Wochenende in Eisenstadt vom GVV, dem RI Burgenland und Landtagspräsident Gerhard Steier mit Zertifikaten ausgezeichnet. Auch der eine oder andere Ortsparteiverantwortliche ließ es sich nicht nehmen, bei der Verleihung dabei zu sein. Die Verantwortlichen vom Renner Institut und GVV Burgenland zeigten sich begeistert über die großen Fortschritte, die die Jugendlichen nach nur 3 Monaten gemacht haben. Das völlig neuartige Bildungsangebot richtet sich an 16- bis 28-jährige junge KommunalpolitikerInnen und solche, die es noch werden wollen. In sechs ganztägigen Modulen erweiterten die TeilnehmerInnen ihr politisches Wissen und erlernten die nötigen Kniffe für ihre Arbeit in den Gemeinden. Weiters standen Vernetzung, Ideenaustausch sowie die Entwicklung und Umsetzung konkreter Projekte in den jeweiligen Gemeinden auf dem Plan. Aufgrund des großen Erfolges der „Gmoa and more“-Akademie bieten der GVV Burgenland, die SJ Burgenland und das Renner Institut einen weiteren Lehrgang ab Herbst 2015 an.



energie
BURGENLAND

Ich bin Energie-Gewinner.

Weil Pannen keine
Geschäftszeiten kennen –
und mein Pannendienst
auch nicht.



Rene Z.
Energie-Gewinner.

24h Strom-
Pannendienst

Wenn plötzlich zu Hause das Licht ausgeht, ist guter Rat teuer. Oder auch nicht. Denn als Energie Burgenland Kunde wählen Sie 0800 888 9000 und schon schickt Ihnen Ihr Betreuer einen TOP-E-Partner zur Behebung der Panne. Sieben Tage die Woche, 365 Tage im Jahr. www.energieburgenland.at

Landesparteitag der SPÖ Burgenland in Raiding -



Beim Abstimmen: LAbg. Ewald Schneckner und KO Christian Illiedits



Oben: GVV Präsident Bgm. Erich Trummer mit LR Dr. Peter Rezar und SPÖ Landesgeschäftsführer Robert Hergovich

Links: Bundeskanzler Werner Faymann mit BMin Sabine Oberhauser, Bgm. Rudolf Steiner, Jürgen Karall und SPÖ Bundesgeschäftsführer Norbert Darabos

Unten: Rusts Bürgermeister Mag. Gerold Stagl mit Bgm. Hans Fellingner



Am Samstag, den 22.11.2014, hielt die SPÖ Burgenland ihren Parteitag im Lisztzentrum in Raiding im Mittelburgenland ab. Landeshauptmann Hans Niessl wurde dabei mit 96 Prozent der Delegiertenstimmen als Parteivorsitzender wiedergewählt.

Insgesamt waren an diesem Parteitag knapp 550 Delegierte und Gastdelegierte anwesend. Dazu kamen prominente Gäste wie Bundeskanzler Werner Faymann, BMin Dr. Sabine Oberhauser und BMin Mag. Josef Ostermayer. Auch der GVV Burgenland war stark vertreten. Neben Präsident Erich Trummer, den zwei Vizepräsidentinnen Inge Posch-Gruska und Renate Habetler, Vizepräsident Werner Friedl und Altpräsident Ernst Schmid waren viele Gemeindevertreterinnen und Gemeindever-

treter aus allen Bezirken des Landes anwesend. Im Mittelpunkt des Parteitages stand der Antrag zum SPÖ-Zukunftsplan 2020. „Das Burgenland ist die Nummer Eins. Experten sprechen von einem kleinen ‚pannonischen Wirtschaftswunder‘. Das ist der Verdienst aller Burgenländerinnen und Burgenländer. Darauf bin ich sehr stolz!“, erklärte Landeshauptmann Hans Niessl in seiner Rede. „Mein Ziel ist klar: Die Burgenländerinnen und Burgenländer sollen Arbeit haben. Denn mir ist es nicht egal, wenn neugeschaffene Arbeitsplätze an Billigarbeitskräfte aus dem Ausland gehen oder heimische Arbeitnehmer ersetzt werden. Ich will, dass Förderungen an Unternehmen in Zukunft daran geknüpft sind, wie viele Menschen aus der Region im Betrieb tätig sind und wie viele Lehrlinge ausgebildet werden“, so der Landeshauptmann.



Rechts: Die Ortschefs aus Pöttsching, Herbert Gelbmann, und Steinbrunn, Bezirkshauptmann WHR Mag. Klaus Mezgolits, mit GVV Geschäftsführer Mag. Herbert Marhold und Bgm. Stefan Hauser

Links unten: Bgm. Bruno Stutzenstein mit Bgm. Peter Heger, Bgm. Helmut Huber und Franz Ecker



Landesparteitag der SPÖ Burgenland in Raiding



Bestens gelaunt: Landtagspräsident Gerhard Steier, Finanz- und Kulturlandesrat Helmut Bieler, Frauen- und Konsumentenschutzlandesrätin Verena Dunst und Gesundheits- und Soziallandesrat Dr. Peter Rezar.



Bundeskanzler Werner Faymann mit GVV Burgenland Präsident Bgm. Erich Trummer



Bgm. Johann Balogh mit RegR Ing. Josef Orovits und Bgm. Viktor Hergovich



LAbg. Bgm.in Klaudia Friedl mit den Ortschefs Engelbert Kenyeri u. Rudolf Steiner



Drassburgs Bürgermeister Rudolf Ivancsits mit Bgm. Josef Halper aus Rotenturm



Bgm. Heinz Peter Kramer (links) und GVV Präsident a.D. Bgm. Ernst Schmid



Bgm. Johann Nussgraber mit LAbg. Bgm. Kurt Maczek



Reneé Wisak und LAbg. Vizebürgermeister Günter Kovacs



Landeshauptmann Hans Niessl: Einsatz für mehr Jobs für BurgenländerInnen



Mag.a Verena Mayer mit Bgm. Vinzenz Knor und Mag.a Olivia Kaiser



Bundesrat Bürgermeister Michael Lampel

Gemeinden konsolidieren weiter ihre Haushalte

Die Finanzlage der österreichischen Gemeinden entwickelte sich auch 2013 positiv. Das geht aus dem Gemeindefinanzbericht 2014 hervor. Erneut haben die Kommunen das Maastricht-Ziel erreicht und den innerstaatlichen Stabilitätspakt erfüllt. Konkret haben die Gemeinden (ohne Wien) das Rechnungsjahr 2013 mit einem Maastricht-Überschuss von 68 Mio. Euro abgeschlossen. Der Schuldenstand sinkt leicht und die Investitionen haben sich im Vergleich zum Rechnungsjahr 2012 um 182 Mio. Euro merkbar erhöht.

Höchst nachteilig für die Gemeinden entwickelt sich die weiter aufgehende Schere zwischen Transfereinnahmen und Transferzahlungen. Für die Gemeinden ergibt sich ein Defizit aus Transferleistungen von EUR -235,1 Mio. Euro. Die freie Finanzspitze ist im Vergleich zu 2012 leicht gesunken und betrug 2013 rund 496 Mio. Euro.

Trummer: Ausgleichsfonds umsetzen

„Der Gemeindefinanzbericht zeigt klar, dass die Gemeinden grundsätzlich gut wirtschaften und ihre Haushalte konsolidieren, der Schuldenstand leicht sinkt, aber leider auch die Zahl der sogenannten ‚Abgangsgemeinden‘ weiter zunimmt!“, so GVV Präsident Erich Trummer. Deshalb müsse für die Unterstützung strukturschwacher Gemeinden, wie insbesondere im Süd- und Mittelburgenland, ein Ausgleichsfonds geschaffen werden, der mit 500 Mio. Euro pro Jahr dotiert ist. Die Anzahl der so ausgewiesenen Gemeinden ohne freie Finanzspitze stieg im Jahr 2013 um 155 Gemeinden auf 960 Gemeinden (2012: 805 Gemeinden).



GVV Präsident Erich Trummer Foto: GVV



KOPAK: Serviceleistung für MandatarInnen in Sachen Steuerrecht „Steuererklärung gewusst wie!“ hieß es am 26. November für die TeilnehmerInnen des GVV-KOPAK-Seminars zum Thema Steuerrecht. Die 15 MandatarInnen aus den Bezirken Eisenstadt, Mattersburg und Oberpullendorf setzten sich mit den rechtlichen Grundlagen wie Sonderausgaben, Werbungskosten, Frei- und Absetzbeträge und Abgabeverfahren auseinander und erhielten Tipps für die eigene Steuererklärung. Die KOPAK bietet damit eine weitere Serviceleistung für MandatarInnen, um sie bestmöglich zu unterstützen. Weitere Schulungstermine im Bezirk Neusiedl/See sowie im Landessüden folgen Anfang 2015. Die genauen Terminen findet man unter www.kopak.gvvgld.at

Foto: GVV Burgenland

Verfassungsreform beschlossen: Mehr Demokratie und mehr Transparenz

Der Landtag hat mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP – und teilweise der Grünen – die Verfassungsreform beschlossen. Das Burgenland bekomme damit die modernste Landesverfassung in Österreich, betonten Landeshauptmann Hans Niessl und SPÖ-Klubobmann Christian Illredits.

„Wir legen damit die Basis für die Politik des 21. Jahrhunderts im Burgenland. Die Gewinner dieser Reform sind die Bürgerinnen und Bürger“, so LH Niessl. „Dieser Beschluss ist eine historische Weichenstellung, mit der wir völlig neue Spielregeln für die Demokratie im Burgenland schaffen“, erklärte Klubchef Illredits. Die Reform bringe mehr Demokratie, mehr Kontrolle, mehr Transparenz und eine völlig neue Qualität des Persönlichkeitswahlrechtes: „Die SPÖ war die konstante Kraft bei den Bemühungen für eine neue Verfassung. Diese klare Linie hat sich bezahlt gemacht.“

Mit der Abschaffung des Proporz, der Einführung eines direkten Vorzugsstimmenmandates und dem Zweiten Wahltag ermöglicht die neue Landesverfassung einen beispiellosen Demokratie-Schub. Darüber hinaus kommt es zu einer massiven Stärkung der Kontroll- und Oppositionsrechte: „Das Burgenland hat mit 4 Prozent



Landeshauptmann Hans Niessl hat das Jahr 2014 zum „Jahr der Reformen“ erklärt. Viele Reformschritte wurden seither umgesetzt. Nun wurde auch das wichtigste Reformprojekt – die Verfassungsreform – beschlossen.

Foto: SPÖ

nicht nur die niedrigste Einzugshürde in den Landtag – neben der Ausweitung der Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes auf Gemeinden haben wir nun auch die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen als echtes Minderheitsrecht verankert. Das bedeutet eine enorme Aufwertung des Landtages und speziell der Opposition“, so Illredits.

Causa Ritzing: Trummer ruft zur Vernunft auf

Nach der neuerlichen Suspendierung von Ritzings Amtmann und SPÖ-Vizebürgermeister Johann Reißner durch ÖVP-Bürgermeister Roisz gehen die Wogen in Ritzing erneut hoch. Die erste Suspendierung im Juni dieses Jahres wurde von der Disziplinarkommission für Landesbeamte wegen Formalfehlern und wegen nicht ausreichender Begründung aufgehoben. Für GVV-Präsident Erich Trummer schon damals ein Akt der politischen Willkür, der parteipolitische Auseinandersetzungen in die Amtsstube trägt und die Gemeindegemeinschaft auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger lähmt.

Trummer: „Roisz ist scheinbar unbelehrbar und Wiederholungstäter! Statt die Situation zu beruhigen und des Gespräch zu suchen, setzt er – entgegen der klaren Aussagen der Disziplinarkommission – einen weiteren Eskalationsschritt.“ Leidtragende seien die Ritzingerinnen und Ritzinger.



Landesvorstandssitzung des GVV Burgenland mit hohen Vertretern des Landes! Bei der letzten GVV Landesvorstandssitzung des Jahres 2014 wurde der vom GVV gestartete Prozess „Kommunale Bedarfserhebung“ fortgesetzt. Dabei werden mit den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern gemeinsam die Probleme in den Kommunen erhoben, diskutiert und versucht, unter Einbeziehung der relevanten Stellen im Amt der Burgenländischen Landesregierung, diese einer Lösung zuzuführen. Nachdem dieser Prozess von den GVV Vorstandsmitgliedern sehr gut angenommen wurde, waren bei der Sitzung am 24.11. in Eisenstadt Landesamtsdirektor Dr. Robert Tauber, LH Büroleiter Mag. Ronald Reiter und Mag. Christina Fleischacker beim GVV zu Gast. Diskutiert wurde unter anderem über die Raumordnung, Transferzahlung zwischen den Gebietskörperschaften und über aktuelle Gesetzesnovellen. Auch 2015 soll die „Kommunale Bedarfserhebung“ fortgesetzt werden. Im Bild: Vizepräsident Werner Friedl, LAD Dr. Robert Tauber, Mag. Christina Fleischacker, GVV Präsident Erich Trummer, LH Büroleiter Mag. Ronald Reiter, GVV Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska

Foto: GVV Burgenland

DIE NEUEN SOMMERKATALOGE SIND DA!
Nutzen Sie jetzt die Frühbucheraktionen aller namhaften österreichischen Reiseveranstalter!

Ägypten/Hurghada/Makadi Bay
5* Makadi Palace
 1 Woche: Abflüge: 03.01., 10.01., 17.01., 24.01.2015
 All Inklusiv
 ab **Eur 449,-** pro Person

Kanaren/Fuerteventura/Playa de Esquinzo
4* Esencia de Fuerteventura
 1 Woche - Abflüge im Jänner 2015
 Halbpension
 ab **Eur 529,-** pro Person

Kanaren/Teneriffa/Costa Adeje
4* Hotel Jacaranda
 1 Woche - Abflüge im Jänner 2015
 Halbpension
 ab **Eur 659,-** pro Person

einfachreisen
Wir wissen wohin Sie wollen...

Werner von Siemensstraße 3, A-7343 Neutal
Tel.: 02618/20440, E-Mail: office@einfachreisen.at

www.einfachreisen.at

Rettungseuro angehoben

Bei der letzten Rettungsbeiratssitzung 2014 wurde ein „Rettungseuro 2015“ von 9,20 Euro festgelegt. Mit diesem Betrag ist örtlicher und überörtlicher Rettungsdienst und als Teil davon der NAW abgedeckt.

Schwellenwerte-Verordnung bis 2016 verlängert

Die Bundesregierung hat auf Drängen der kommunalen Interessensvertretungen – vom GVV Burgenland bis hin zum Städtebund – die Gültigkeit höherer Schwellenwerte für staatliche Auftragsvergaben bis 2016 verlängert. Damit sind Direktvergaben bis 100.000 Euro für weitere zwei Jahre möglich. Öffentliche Aufträge im Bau-, Liefer-, und Dienstleistungsbereich lassen sich somit weiterhin bis zu einem Wert von 100.000 Euro ohne Ausschreibung an Unternehmen vergeben.

Der GVV Burgenland bleibt bei seiner Forderung nach einer unbefristeten Verlängerung wie z.B. in Deutschland.



Termine!

Sitzungen des Raumplanungsbeirats 2015

19. Feber 2015 (Abgabe der Unterlagen bis spät. 19. Jänner 2015)

18. Juni 2015 (Abgabe der Unterlagen bis spät. 18. Mai 2015)

30. September 2015 (Abgabe der Unterlagen bis spät. 31. August 2015)

3. Dezember 2015 (Abgabe der Unterlagen bis spät. 3. November 2015)

(Alle Termine vorbehaltlich der Genehmigung durch den Raumplanungsbeirat im Rahmen der 173. Sitzung am 17.12.2014)



Der burgenländische Landtag beschloss neue Gesetze für Gemeindebedienstete

Foto: Landespressediens

Neue Gesetze für Gemeindebedienstete Großer Reformschritt für die Gemeinden

Nach etlichen Gesprächsrunden unter Mitwirkung des GVV Burgenland wurde im Landtag die Novelle des Gemeindebedienstetengesetz beschlossen. GVV Präsident Erich Trummer sieht das Ergebnis als wichtigen Schritt für die Zukunft der Gemeinden und hofft auf einen reibungslosen Übergang ab 1.1.2015.

Die Kernpunkte dieser Reform sind höhere Einstiegsgehälter bei gleicher Lebensverdienstsumme und daraus resultierend neue Gehaltstabellen inklusive Einstufungsrichtlinien für alle Bereiche und alle Bediensteten – egal ob leitender Gemeindebeamter oder Fachkraft im Nicht-Verwaltungsbereich (ausgenommen Kindergarten- und KinderkrippenpädagogInnen).

Gleichzeitig kommt eine völlig neue Gehaltstabelle unter Einrechnung aller ständigen Zulagen und Nebengebühren, die eine flachere Kurve bei den Gehältern bringt. „Diese neue, flachere Gehaltskurve mit gleichbleibender Lebensverdienstsumme bedeutet, dass wir gute ausgebildetes, junges Personal gezielt anwerben können, weil wir höhere Einstiegsgehälter in allen Bereichen anbieten können und gegen Ende des Berufslebens diese Kurve dann flacher wird“, begrüßt GVV Präsident Erich Trummer die Neuerungen. Gültigkeit haben die neuen Gesetze für alle neu eintretenden Bediensteten. Dienstnehmer mit bestehende Dienstverhältnisse können während einer Übergangsphase wahlweise im alten System bleiben oder ins Neue wechseln.



Gemeindevertreter besuchen DEMO Kommunalkongress in Berlin.

Unter dem Motto „Kommunen zukunftsfähig machen“ fand am 27./28. November 2014 in Berlin der 9. DEMO-Kommunalkongress statt, zu dem Entscheidungsträger aus der ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitik, hochrangige und prominente Vertreter aus Bundes- und Landespolitik, führende Köpfe der Kommunal- und Verwaltungswissenschaft sowie Spitzen der kommunalen Wirtschaft kamen. Unter den Gästen: die Geschäftsführer des SPÖ-GVV Steiermark, Niederösterreichs und dem Burgenland, Günther Pirker, Mag. Herbert Marhold und Mag. Ewald Buschenreiter

GVV Bildungsreise 2015

Städteflug nach Barcelona

Mittwoch, 3.6.2014 bis Sonntag, 7.6.2014

TEILNEHMERANZAHL: min. 35 und max. 45 Personen



Inkludierte Leistungen:

- Busfahrt zum Flughafen Wien-Schwechat in einem Komfortbus und
- **5 Tage / 4 Nächte Hotel Eixample 1864 ******
- Linienflug Wien – Barcelona – Wien mit Austrian Airlines in der Economy Class
- Sämtliche Flughafen-, Sicherheits- und Buchungsgebühren
- Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen in Barcelona mit deutschsprachiger Assistenz
- Abendessen im Hotel Eixample am ersten Abend
- **Ganztagestour** (8 Stunden) mit Guide und Bus inkl. Eintritt Sagrada Familia und Park Guell
- **Halbtagestour** (4 Stunden) mit deutschsprachigen Guide und Bus inkl. Eintritt Cathedrale
- **Halbtagestour mit Transfer zum Flughafen** mit Guide und Bus inkl. Eintritt Casa Batllo
- Einfachreisen-**Reisebegleitung** ab/bis Wien
- **Katalonischer Abend mit Abendessen in einem Spezialitätenrestaurant** (GVV Einladung)
- **Flughafentransfer Burgenland (ab Stegersbach) – Schwechat - Burgenland**

Flugzeiten mit AUSTRIAN AIRLINES:

03.06.2015 OS 393 ab Wien 17.15 – 19.40 an Barcelona

07.06.2015 OS 394 ab Barcelona 20.25 – 22:50 an Wien

<u>Preis:</u>	Pauschalpreis pro Person	€	869,-
	Einzelzimmerzuschlag pro Person	€	300,-

Anmeldungen bitte **umgehend unter:**

Fax: 02682 / 775 294 **oder** elisabeth.wenzl@gvvbgld.at

Nur mehr Restplätze frei!

Bgld. Gemeinden für Steuerreform 2015

In der vom GVV Burgenland verfassten und Ende Juni 2014 verschickten Resolution sprechen sich die Kommunen für eine rasche Steuerreform 2015 aus. Ziel war es, die Forderung von zahlreichen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter des GVV nach einer Steuerreform mit Senkung des Eingangssteuersatzes und der Gegenfinanzierung durch eine Millionärssteuer, auch in den Gemeinderäten zum Ausdruck zu bringen. Bis dato haben 30 Gemeinden die Resolution beschlossen!

Auch Erwin Preiner, Kommunal Sprecher des SPÖ-Nationalratsklubs, setzt sich für eine rasche Entlastung ein.

„Eine rasche, spürbare Steuerreform mit Beginn 2015 würde nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern die dringend notwendige Entlastung bringen, sondern auch den Kommunen zugute kommen“, betont GVV Präsident Erich Trummer. Mehr Nettoeinkommen und Kaufkraft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeute eine höhere Kaufkraft, damit entsteht mehr Konsum und es werden Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen. Das wiederum ergibt auch mehr Einnahmen für Gemeinden und somit wieder mehr Investitionsspielraum für Infrastruktur und Sozialangebote. Deshalb will der GVV Burgenland Bundeskanzler Werner Faymann den Rücken stärken, um das Ziel von mehr Steuergerechtigkeit mit einer Millionärssteuer und einer Million Euro Freigrenze durchsetzen zu können. Trummer: „Finanzminister Schelling und Vizekanzler Mitterlehner müssen endlich ihren Millionärsschutzschirm aufgeben!“

„Ein Sparpaket hat massiv negative Auswirkungen für den Finanzausgleich der Kommunen. Gemeinden bekommen dadurch nämlich weniger Geld, was wiederum die Leistungen der Kommunen für die Bürger einschränkt. Das wollen wir als Gemeindevertreter sicher nicht!“, so Trummer.



Infotag: Eine Fachausstellung mit 29 teilnehmenden Firmen aus dem Wasserfach sorgte für viel Interesse, sowie für angeregte Diskussionen. Bundesrätin Bgm.in Inge Posch Gruska, in Vertretung von LH Hans Niessl, zeigte sich von den Inhalten und dem Besuch der Veranstaltung überwältigt.

Plattform WASSER: Top Trinkwasser für nachfolgende Generationen erhalten

Kernthema des diesjährigen 9. Infotages der Plattform WASSER BURGENLAND war die gute Qualität des Burgenländischen Trinkwassers und dessen Kontrolle. Gewarnt wurde in diesem Zusammenhang vor immer wiederkehrenden Aktivitäten von Keilern, die versuchen, den Konsumenten das Geld aus der Tasche zu ziehen..

Immer öfter wenden sich nämlich verunsicherte Kunden an die Wasserversorger oder die Konsumentenschutzorganisationen und berichten von zweifelhaften Angeboten hausierender Vertreter für dubiose Trinkwasseraufbereitungen. Dazu merkte

Landesrat Dr. Peter Rezar an, dass es sich beim Trinkwasser um das bestkontrollierte Lebensmittel handelt, welches von der Lebensmittelaufsicht des Landes laufend untersucht wird. Für die Vertreter der Bgld. Wasserversorger ist klar: Das von den öffentlichen Versorgern gelieferte Trinkwasser weist eine hervorragende Qualität auf. Weitere wichtige Themen beim Infotag waren die Sanierung von Bauwerken in der Wasserversorgung, sowie die neue EU-Normung bei Wasserzählern. Eine Fachausstellung mit 29 teilnehmenden Firmen aus dem Wasserfach sorgte für viel Interesse, sowie für angeregte Diskussionen.



Moderne Verwaltung: Mit der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung auf Länderebene beschäftigte sich eine hochkarätig besetzte Tagung. Unter anderen befassten sich damit auch Landesamtsdirektor WHR Dr. Robert Tauber, Sektionschefin Mag.a Angelika Flatz vom Bundeskanzleramt, Mag. Peter Biwald vom KDZ und Bezirkshauptmann WHR Mag. Klaus Trummer. Foto: LMS

2,2 Millionen Discobus-Gäste Discobus fährt ab 2015 landesweit

2015 schlägt der Verein Discobus ein neues Kapitel in der erfolgreichen Vereinsgeschichte auf: Mit Fahrplanwechsel im Dezember 2014 übernehmen die neuen Buspartner Blaguss und Südburg den Beförderungsauftrag der Discobusse.

Beide Verkehrsbetriebe haben bereits Erfahrung mit dem Discobustransfer im Burgenland: Sie waren in den letzten Jahren als Subpartner für ÖBB-Postbus unterwegs. Der Discobus hat sich – aus einem Schulprojekt heraus – zur größten flächendeckenden Verkehrssicherheitsinitiative für junge BurgenländerInnen entwickelt. Mit 15 Linien in allen sieben Bezirken des Landes können Jugendliche sicher und kostengünstig jeden Samstag durchs ganze Land zu den angesagtesten Locations fahren. „2,2 Millionen Fahrgäste seit 1994 bestätigen unseren bisherigen Erfolgskurs. Jetzt haben wir mit Blaguss und Südburg zwei österreichweit erfolgreiche burgenländische Busunternehmer an Bord. Der Verein und auch die Jugendlichen werden von den neuen Partnern profitieren – unser Angebot wird noch flexibler und moderner“, so Vereinsobmann Christian Illedits.

Der Discobus ist im Bereich der Verkehrssicherheit ein unverzichtbarer und unersetzbarer Freizeitpartner geworden. Mit dem Einsatz von 15 Linien, dem flächendeckenden Betrieb in allen 7 Landesteilen und dem Zusatzangebot in den Sommermonaten kann der Verein Discobus stolze Bilanz ziehen. „Heuer haben bis Ende August bereits über 30.000 Jugendliche die Discobusse im ganzen Land genutzt“, so Landeshauptmann Hans Niessl.



LH Hans Niessl und der Obmann des Vereins Discobus Klubobmann Christian Illedits mit Mag. (FH) Paul Blaguss, Geschäftsführer Blaguss Reisen, und Heinz-Peter Krammer, Direktor Südburg

Foto: LMS



Politische Einigung auf Klima- und Energierahmen

Der Europäische Rat einigte sich Ende Oktober auf die Zielvorgaben für den Klima- und Energierahmen bis 2030, die nun von der EU-Kommission in konkrete Vorschläge gegossen werden müssen. Im Wesentlichen wurden die ursprünglichen Vorschläge der Kommission bestätigt. Mit der Einigung ist sichergestellt, dass die EU beim Klimagipfel in Paris mit einer Stimme spricht und – international gesehen – die Latte hochlegt:

- Reduktion von Treibhausemissionen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990. Es gibt jedoch keine länderweisen Vorgaben, die EU der 28 muss dieses Ziel „solidarisch und fair“ erreichen.
- Modernisierung des Emissionshandels, wobei die Zuteilung von Gratiszertifikaten weiterhin möglich bleibt und wirtschaftlich schwächere Mitgliedstaaten zusätzliche Zertifikate erhalten.
- Erneuerbare Energiequellen sollen 27 Prozent des EU-Energiebedarfs decken. Auch hier gibt es keine verbindlichen Ziele für die einzelnen Mitgliedstaaten, ehrgeizigere einzelstaatliche Ziele sind möglich.
- Auch in puncto Energieeffizienz gilt ein Ziel von 27 Prozent, das 2020 im Hinblick auf eine allfällige Erhöhung überprüft werden soll. Die EU-Kommission wird zur Erreichung dieses Ziels Regelungen für bestimmte Sektoren vorschlagen. Konkrete Vorgaben für die Mitgliedstaaten gibt es auch hier nicht.



Dorferneuerung. Der Verein „Unser Dorf“ mit Obfrau LRin Verena Dunst an der Spitze, lud im Rahmen des Jahres der Baukultur zu einer Netzwerkveranstaltung in das Dorfwirtschaftshaus „D'Schul“ nach Günseck. Im Mittelpunkt standen an diesem Abend Ortskerne und die Nutzung leerstehender Ressourcen. Im Rahmen von Fachvorträgen wurde vordergründig auf das Potenzial des Dorfes eingegangen. Es wurden viele Möglichkeiten und Chancen zur Dorfkernbelebung aufgezeigt. LRin Dunst: „Mit der Veranstaltung *dorf.zentrum – bau.grundstück* wollen wir anhand von Best Practice Beispielen Potenziale in den burgenländischen Dörfern aufzeigen und Gemeinden Mut machen, die Dorfkern aktiv zu beleben.“ Am Ende der Veranstaltung gab es Auszeichnungen für zahlreiche Vereine, welche sich in den vergangenen Jahren in der Dorferneuerung besonders engagiert haben. Schattendorf und Günseck wurden als burgenländische „Best Practice Beispiel“ vorgestellt.

Foto: GVV Burgenland



Martiniehrungen des Landes: Alljährlich werden zum Burgenländischen Landesfeiertag, dem Martini, zahlreiche Burgenländerinnen und Burgenländer aus den verschiedensten Bereichen seitens des Landes ausgezeichnet. Auch Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter des GVV Burgenland wurden von Landeshauptmann Hans Niessl an diesem 11.11.2014 im Kulturzentrum Eisenstadt ausgezeichnet. Auch GVV Präsident Erich Trummer und SPÖ Klubobmann Christian Illredits ließen es sich nicht nehmen, den Ausgezeichneten zu gratulieren! Im Bild v.l.n.r.: GVV Präsident Erich Trummer, LH Hans Niessl, Vzbgm. Ingrid Ulreich, Bgm. Fritz Kreisits, Bgm. Stefan Hauser, Vzbgm. Ewald Schneckner, KO Christian Illredits
Foto: GVV Burgenland



Altbürgermeister Grandits mit Viktor Adler Plankette geehrt

Bgm. a.D. Alfred Grandits feierte dieser Tage seinen 70igsten Geburtstagstag. Der langjährige Bürgermeister, Grandits war von 1987 bis 2009 Bürgermeister der südburgenländischen Gemeinde Stinatz, war auch langjähriges Präsidiums- und Landesvorstandsmitglied des GVV Burgenland und hatte darüber hinaus Funktionen im Österreichischen Gemeindebund inne. Im Rahmen der Feierlichkeiten gratulierten auch LR Verena Dunst und GVV-Landesvorstandsmitglied LAbg. Bgm. Wolfgang Sodl dem Jubilar recht herzlich. Anfang November wurde dem Ortsparteivorsitzenden a.D. und Bürgermeister a.D. durch LRin Verena Dunst, LAbg. Wolfgang Sodl im Beisein der Familie, Freunden und Vertreter der SPÖ-Ortsorganisation die höchste Auszeichnung der SPÖ – die Viktor Adler Plankette – für besondere Leistungen und Verdienste in der SPÖ verliehen.

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: DANEK Grafik + Repro + Druck
Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M